

# CDU, Grüne und SPD zu Waldseeplatz-Dorf: Ja, aber möglichst klein

Drei Fraktionen einig: Keine Hallenbelegung, intensivere Suche nach Alternativen, Integration durch kommunale Arbeitsförderung

Baden-Baden (red) – CDU, Grüne und SPD sind für das auf dem Waldseeplatz geplante Flüchtlingsdorf und gegen die Einquartierung von Flüchtlingen in Hallen. In einer gemeinsamen Erklärung fordern sie von der Verwaltung eine intensivere Suche nach Unterkünften, nachhaltige bauliche Investitionen und die Auflage eines kommunalen Arbeitsförderungsprojekts zur Integration von Flüchtlingen.



Mögliche Flüchtlingsunterkünfte: Der Marienhof bei Geroldsau (links) gehört der Kirche, der leere Baubetriebshof (rechts) ist im Eigentum der Stadt.



Fotos: Archiv Gernsbeck/Holzmann

„Für eine konstruktive und nachhaltige Flüchtlingspolitik“ ist die gemeinsame Stellungnahme der drei Fraktionsvorsitzenden Amin Schöpflin (CDU), Beate Böhlen (Grüne) und Kurt Hochstuhl (SPD) überschrieben, die gestern ans BT übermittelt wurde. „Der Strom der Flüchtlinge, die bei

uns Zuflucht vor Terror, Krieg und Vertreibung suchen, stellt auch Baden-Baden vor ungeheure Aufgaben. Dank des enormen Einsatzes vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, der Rettungsorganisationen und anderen Einrichtungen sowie des Wirkens der städtischen Verwaltung konnte

Baden-Baden bisher vorbildlich demonstrieren, was die städtische Bürgergesellschaft unter Willkommenskultur versteht“, heißt es darin. „Damit dies so bleibt und Integration gelingen kann“, sei die Einhaltung bestimmter Grundsätze nötig. Dazu zähle es, die Belegung von Kultur- und Sport-

hallen zu vermeiden. „Um unser lebendiges Vereinsleben nicht zu gefährden, ist die Unterbringung von Flüchtlingen in Hallen, mit Ausnahme von Freiluftfesthallen, die letzte aller Möglichkeiten. Die Heimstätten unserer Vereine sind auch die Orte, an denen Belegungen stattfinden und In-

tegration ihren Anfang nimmt“, heißt es. Im Gegenzug akzeptiere man, dass ein zentrales Dorf auf dem Waldseeplatz errichtet wird. „Wir vertreten aber die Auffassung, dass die Anzahl der Flüchtlinge dort so gering wie möglich sein sollte, um Sicherheitsrisiken zu minimieren“.

Zudem fordern die drei Fraktionen eine intensivere Suche nach Alternativen und bitten insbesondere um eine Prüfung folgender Objekte: Freiluftfesthallen Sandweier, Haueneberstein und Steinbach, Marienhof Geroldsau, Baubetriebshof Schwarzwaldstraße. Das Augenmerk solle auch auf leerstehende Industriegebäude gerichtet werden. „Die baulichen Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe sollten möglichst nachhaltig sein und es sollten nachwach-

sende Materialien verwendet werden, was regionale Wertschöpfung ermöglicht“, heißt es weiter. „Der zu erwartende Bevölkerungszuwachs und bestehende Defizite im kommunal geförderten Wohnungsbau erfordern darüber hinaus die rasche Ertüchtigung bestehender Gebäude zur Schaffung zusätzlicher Wohnraums.“

Zudem regen die Fraktionen „ein kommunales Arbeitsförderungsprojekt an, das erste Kontakte zur Arbeitswelt ermöglicht und in dem Flüchtlinge über gemeinnützige Arbeiten Kompetenzen wie Sprachfertigkeit erwerben können“.

Über das Projekt auf dem Waldseeplatz wird, wie berichtet, am 19. Oktober der Gemeinderat endgültig entscheiden. Mit Stimmen von CDU, Grünen und SPD wäre eine klare Mehrheit dafür.